

29. Juni 2003

## Unterschriften gegen Bootshaus der Polizei

### Bau von Steg und Hütte vor St. Alban soll in Kürze beginnen

Dießen (ger.),

Zwei Jahre hat die Polizei nach der Genehmigung durch die Regierung von Oberbayern mit dem Bau der neuen Unterkunft für das Boot der Wasserschutzpolizei in St. Alban gewartet. Am Montag soll das Werk begonnen werden. Die bereits erfolgte Verlegung der Baustrom-Kabel und der Rückschnitt eines Baumes haben jetzt Anwohner alarmiert. In einem Brief an Finanzminister Kurt Faltlhauser ist von „Schildbürgerstreich“ und „Unfug“ die Rede. Polizei und Hochbauamt verteidigen das Vorhaben.

Das von der Polizei geplante Bootshaus hatte bereits 2003 für einige Diskussionen gesorgt. Das Ergebnis des Abwägungsprozesses war, das 13 Meter lange und acht Meter breite Holzbauwerk und einen 66 Meter langen Steg am St. Albaner Ufer an der Stelle zu errichten, wo die zum See führende Straße nach Süden abknickt. Die bisherige Bootshütte 150 Meter weiter südlich wird aufgegeben und zurückgebaut. Die Ausmaße des Bauwerks waren vor zwei Jahren im Dießener Gemeinderat auf Bedenken gestoßen. Nachdem das Hochbauamt aber darlegte, dass es keine bessere Alternative gebe, war das Gremium einverstanden.

Notwendig geworden war der Neubau von Steg und Bootshaus, an dem seit 1999 geplant wurde, wegen des schlechten baulichen Zustands der bisherigen Hütte (Baujahr 1963) und weil das neue, 2002 in Dienst gestellte Polizeiboot „WSP 7“ dort nicht mehr hineinpasste. Der Neubau wird laut Alfons Lenz, dem zuständigen Abteilungsleiter im Hochbauamt in Landsberg, mit rund 330 000 Euro veranschlagt. Das Gros der Arbeiten, die Gründungs- und Zimmerergewerke, sind bereits vergeben. Laut Vertrag sollen die Arbeiten am Montag beginnen. Der Baustromkasten wurde bereits in den vergangenen Tagen errichtet und das blieb nicht unbeobachtet. Übers Wochenende wurden Unterschriften gegen das Vorhaben gesammelt und Finanzminister Kurt Faltlhauser darüber informiert. Rainer Brinkmeier, ein Anwohner aus Lachen, kritisiert in seinem Brief an den Minister nicht nur den Kauf des Polizeibootes „WSP 7“, sondern auch und vor allem den Steg und die Bootshütte „nur wenige Schritte bei dem Uferkirchlein von St. Alban“. Der Blick nach Andechs und in die Berge werde dadurch verstellt: „Eine Landschaftsverhandlung seinesgleichen.“ Außerdem beklagt er, dass „für solch einen Unfug“ über 300 000 Euro „verschleudert“ werden. Einfacher und billiger wäre es, das Boot an einem der Dampferstege anlegen zu lassen.

### Dampfersteg (k)eine Alternative

An einem solchen nämlich in Dießen liegt es derzeit auch. Die beiden Sommer zuvor war die „WSP 7“ beim Dießener Segelclub stationiert, im Winter war das Schiff auf der Bootswerft in Bierdorf eingemottet. Der Dampfersteg könne nur ein Provisorium sein, betont Manfred Ernst von der Dießener Wasserschutzpolizei. Ein Vorschlag von Gemeinderat Franz Sanktjohanser wurde deshalb nicht weiterverfolgt. Der Kommunalpolitiker hatte empfohlen, an den Riederauer Dampfersteg einen Winkelsteg anzubauen. Weil hier das Wasser tiefer sei, müsse nicht so weit hinaus gebaut werden. „Da gäbe es immer Probleme“, befürchtet Ernst jedoch, ähnlich sehe das auch die Schifffahrt. Zum einen sei der Steg oft mit Badenden belegt, zum anderen werde er im Winter nicht geräumt. Das neue Boot sei nämlich auch für den Wintereinsatz geeignet zumindest wenn der See eisfrei ist. Zur Kritik an den Kosten verweist Ernst darauf, dass die Größe des Schiffes nach einem bereits 1998 erfolgten Beschluss im Innenministerium ausgewählt worden sei. Bei einer Kosten-Nutzen-Analyse sei zudem festgestellt worden, dass eine Reparatur des alten Bootes und der alten Hütte nicht wirtschaftlich sei.

Vor der St. Albaner Ufermauer wird in den nächsten Tagen zunächst eine Plattform für die Baumaterialien errichtet, dann das eigentliche Bauwerk, erklärt der Vertreter des Hochbauamtes, Alfons Lenz. Bis zum Herbst sollen die Arbeiten abgeschlossen sein. Die Darstellung Brinkmeiers, dass für einen Parkplatz der Uferbereich aufgefüllt werden soll, korrigierte Lenz: Die Polizeifahrzeuge sollen per Ausnahme vom bestehenden Halteverbot auf der Straße abgestellt werden können.